

Ist der Islam mit Demokratie, Menschenrechten und dem Grundgesetz vereinbar?

von Siolathar

[Veröffentlicht am 16.03.2017 von JouWatch](#)

Die aktuelle Ausgangslage:

Die sich in den letzten eineinhalb Jahren vollziehenden Migrationsströme werden von einer grassierenden Angst der Europäer überschattet, dass diese Fremden den europäischen Sozialstaat und die historisch gewachsene Kultur untergraben und die liberalen Gesellschaften zerstören könnten. Angst vor dem politischen Islam, vor Terrorismus und vor



Foto: Collage

wachsender Kriminalität bilden den Kern der moralischen Panik in Europa. Es besteht die berechtigte Furcht vor der Aussicht auf eine Zukunft, in der die Grenzen der EU ständig von muslimischen Migranten überflutet werden.

Der weltweite Islam:

Es ist schon in Vergessenheit geraten, wie 1979 im Iran durch ein diktatorisches religiöses Regime Ayatollah Khomeini im Namen des Islams auf revolutionäre Art und Weise die Macht errungen und ein blutiges Islam-regime errichtet hat oder die von Muslimen im Namen des Islams verübten Massaker des IS und anderer Terrororganisationen in Europa, in Asien und in den USA.

Basis für die Beurteilung einer jeden Religion ist das in ihren Quellentexten grundlegende Selbstverständnis und damit verbunden die Frage, ob die grundlegenden Worte und die historischen Taten kongruent sind. Auf dieser Ebene entscheidet sich auch die Frage, ob der Islam eine Religion des Friedens ist. Der Koran, der im Laufe von 22 Jahren entstand (Ömer Özoy), ist die oberste normative Quelle für alle religiösen, moralischen und rechtlichen Vorschriften. Die ethischen Werte des Korans sind mit den übrigen monotheistischen Religionen vergleichbar. Es gibt die „mekkanischen Suren“ vor der Auswanderung Mohammeds nach Medina, die den Glaubensinhalt für Muslime vorschreibt und die späteren „medinensischen Suren“, die Allah dem Propheten in Zeiten des Krieges schickte. Zum Kriegsherrn wurde der Prophet erst als er zum anerkannten Anführer in Medina aufgestiegen war (Mathias Rohe).

Danach kam es zum tödlichen Kampf gegen die Ungläubigen. Die Scharia im „engeren Sinne“ verweist auf die für das westliche Demokratieverständnis indiskutablen Praktiken von Rechtsvorschriften, z.B. der Ungleichbehandlung von Geschlechtern und Religionen sowie drakonische Körperstrafen. Die meisten Männer, die in Allahs Namen morden, haben in Moscheen gebetet und lesen aus dem Koran die Rechtfertigung ihres Tuns heraus. Die Brutalität der IS-Kämpfer und anderer muslimischer

Dschihadisten in der Kriegsführung gehen unmittelbar auf die Anweisungen Mohammeds in seiner „*imperialen Phase*“ zurück, sie sind geradezu urislamisch und entsprechen der Anfangszeit des Islams im 7. Jahrhundert. Diese Gotteskrieger handeln alle im Namen Allahs und nicht im Namen einer politisch-weltlichen Ideologie. Die bedeutendsten religiösen Führer der islamischen Welt äußern sich entweder nicht zur Gewaltfreiheit des Islams, weil sie sich an die historischen Aussagen Mohammeds, der Sunna, gebunden fühlen oder sie fordern zu „*Märtyreranschlägen*“ auf wie der maßgebliche Theologe der Al-Az-Universität Kairo, *Prof. Dr. Muhammed Said Tantawi*: „*Junge Menschen geben Allah das Beste, was sie besitzen*“.

Der Islam stellt also generell jede Rechtsordnung unter die aus dem Koran und der Prophetentradition abgeleitete, letztlich religiös begründete Scharia. Das gilt selbst für die Menschenrechte. Repräsentativ für diese Unterordnung sind die Art. 24 und 25 der Kairoer Erklärung über die Menschenrechte im Islam aus dem Jahr 1990:

- ❖ „Alle in dieser Erklärung aufgestellten Rechte und Freiheiten unterliegen der islamischen Scharia“. „Die islamische Scharia ist der einzige Bezugspunkt für die Erklärung oder Erläuterung eines jeden Artikels in dieser Erklärung“. In der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Islam von 1981 und der Arabischen Charta der Menschenrechte von 1994 heißt es: „*Das Leben des Menschen ist geheiligt. Niemand darf es verletzen. Diese Heiligkeit kann nur durch die Macht der Scharia und durch die von ihr zugestandenen Verfahrensweisen angetastet werden*“.

Deshalb geben Bekenntnisse zur Religionsfreiheit und anderen Menschenrechten Anlass zu berechtigtem Misstrauen. An einigen Beispielen wird deutlich, wie der Islam zu den Menschenrechten steht:

- ❖ Die Unterdrückung von Frauenrechten, das Verbot, die islamische Religion zu verlassen und die demokratiefeindliche Meinungs- und Pressefreiheit in allen islamischen Ländern.
- ❖ Der radikale, fundamentalistische Islam ist eng verbunden mit dem Hass auf Homosexuelle und Juden. In zehn muslimischen Ländern wird Homosexualität mit dem Tode bestraft. In weiteren 20 muslimischen Ländern ist sie illegal (Ruud Koopmans).
- ❖ Auch die Judenfeindlichkeit gehört zum Weltbild von Muslimen. Laut einer ADL-Studie vertreten 74 % der Muslime im Nahen Osten und in Nordafrika jüdenfeindliche Vorstellungen. Diese Bedrohung für Juden ist auch eine Bedrohung für Europa und seine Freiheiten.

Die Historikerin und Islamwissenschaftlerin [Gudrun Krämer](#) stellt fest:

→ „*In den letzten Jahren haben stark auf Aus- und Abgrenzung setzende Interpretationen des Islams um sich gegriffen und es ist Aufgabe der Muslime, ihm ein glaubwürdiges Alternativmodell gegenüber zu setzen, dass es bis heute in keinem islamischen Land gibt. Wenn Islamisten, die in vielen islamischen Ländern verbreiteten Vorstellungen über ein hierarchisches Geschlechterverhältnis propagieren oder wenn sie erwarten, dass ihr religiöser Wahrheits- und Überlegenheitsanspruch*

sich in der Rechts- und Verfassungsordnung niederschlägt, so ist das mit der deutschen Rechtsordnung nicht zu vereinbaren“.

→ Der Arabist *Tilmann Nagel* betont: „Wesentliche Partien des Korans und der Prophetenüberlieferung müssten für nicht gültig erklärt werden; insbesondere die zahlreichen Koranstellen und Prophetenworte, die zur Gewaltanwendung gegen Andersgläubige auffordern, sowie die ebenfalls zahlreichen Belege, für die inferiore Stellung der Frau“.

Heute wird von vielen Muslimen die Meinung vertreten, der Islam sei unveränderbar, er braucht keine Reformen. Der Begründer der modernen Türkei, *Mustafa Kemal Atatürk*, der sie im Jahre 1923 gründete, hielt den Islam bereits für eine „unreformierbare Religion“. Mit der im April 1924 verkündeten neuen republikanischen Verfassung hat er die Türkei nach Europa und in die Moderne geführt: religiöse Stiftungen wurden konfisziert, die Scharia-Gerichte abgeschafft und durch westliche Zivil-, Straf- und Handelsordnungen ersetzt, religiöse Schulen geschlossen, die Sufi-Bruderschaften verboten und der Islam als Staatsreligion abgeschafft; der gregorianische Kalender und das lateinische Alphabet eingeführt (*Gudrun Krämer*). So brachte *Kemal Atatürk* den türkischen Frauen Bildungsmöglichkeiten und die Teilnahme am öffentlichen Leben sowie alle politischen Rechte als auch das Kopftuchverbot in allen öffentlichen Einrichtungen.

Konfliktlinien – Christenverfolgung in islamischen Ländern und die Reaktion in Deutschland:

Seit dem 7. Jahrhundert bis heute wird der Vorwurf der Ungläubigkeit („*kuffar*“) an die nichtislamische Welt erhoben. Die christliche Ethik begründete Jesus Christus, er war ein friedlicher, jüdischer Wanderprediger, der jegliche Gewaltanwendung ablehnte. Für Christen gibt es keine generelle Überordnung des Neuen Testaments über die Menschenrechtserklärungen oder die positive Rechtsordnung. Es gilt vielmehr die begründete Trennung von Religion und Politik und von Kirche und Staat (*Manfred Spieker*). Im Johannesevangelium heißt es: „*Mein Reich ist nicht von dieser Welt*“.

Im Islam fehlte diese Trennung zwischen Religion und weltlicher Macht von Anbeginn.

❖ „*Nicht die Religion, sondern das gemeinsame Staatsverständnis eint Christen und Juden in Deutschland. Dieses Staatsverständnis können Muslime nicht akzeptieren*“ (*Tilman Nagel*).

Die starke Religiosität der meisten Muslime und ihre Erwartung, ihre Religion ausleben zu können, kollidieren mit der europäischen Tradition der Trennung von Staat und Religion. „*So ist die Scharia für die Wahrung der islamischen Identität von besonderer Bedeutung*“ (*Gudrun Krämer*). Religiöse Neutralität im öffentlichen Leben ist für die meisten Muslime nicht vorstellbar. Eine Lösung dieses Konfliktes ist zurzeit nicht absehbar.

Seit Jahren werden Christen und andere Religionsgemeinschaften im Nahen und Mittleren Osten verfolgt, vertrieben, ermordet oder zum Glaubenswechsel gezwungen. Die geistige wie physische Auslöschung der christlichen Kultur im Nahen und Mittleren Osten darf die europäischen Regierungen nicht unbeteiligt lassen. Das westlich

apathische Verhalten gegenüber dem orthodoxen Radikal-Islam ist bezeichnend. Bei weit weniger bedeutsamen Anlässen und bei deutlich geringeren politischen Missständen kommt es zu Protesten und Groß-demonstrationen. Angesichts der islamischen Verbrechen wider die Menschlichkeit herrscht weitestgehend Schweigen auf den Straßen. Auf der Gedenkveranstaltung für die Opfer des islamischen Terroranschlages von Paris im Januar 2016 sah man vor dem Brandenburger Tor die höchsten Vertreter der Bundesrepublik Deutschland mit den muslimischen Verbandsvertretern eines demokratiefeindlichen Religionsverständnisses Seite an Seite gemeinsam demonstrieren. Stattdessen wäre es an der Zeit gewesen, zu einem klaren öffentlichen Wort der Regierungsspitze und aller großen gesellschaftlichen Organisationen und Verbände gegen die ständig wachsende Gewalt gegen Christen und andere Religionen in der islamischen Welt zu protestieren.

Als *Papst Benedikt XVI.* den Holocaustleugner Bischof *Richard Williamson* rehabilitierte, stellte die deutsche Bundeskanzlerin den Papst unverzüglich daraufhin zur Rede.

❖ **Wo bleibt ihr Engagement als Pfarrerstochter für ihre christlichen Glaubensbrüder- und Geschwister?**

→ Stattdessen erlaubt sie ohne Absprache mit ihren europäischen Partnern in der EU im September 2016 die rechtlich sehr fragwürdige unkontrollierte, vorwiegend muslimische Masseneinwanderung nach Deutschland und begründete ihre Entscheidung mit dem „*humanitären Imperativ, der Züge einer alternativlosen Unbedingtheit*“ in sich trug (*Andreas Rödder, Mainz*).

Als ein immer noch mehrheitlich christliches Land sollte die Bundesregierung die Tore für verfolgte Christen aus aller Welt öffnen, um der geistigen und physischen Auslöschung christlicher Kultur in islamischen Ländern entgegen zu wirken.

- ❖ Wir haben es seit der Antike mit einer der schlimmsten Christenverfolgungen zu tun, „*es wirken viele Kirchenführer der christlichen Kirchen teilnahmslos, gelähmt, unberührt und geschäftsmäßig*“.
- ❖ Selbst in den Sonntagsgottesdiensten gibt es lediglich Fürbitten für bedrängte Christen, um bloß keine kritischen Bemerkungen gegenüber den „*friedliebenden Muslimen*“ zu äußern (*Johannes Röser*).
- ❖ Vertreter der Kirchenleitungen und Pfarrer meinen, „*ihre Gläubigen bevormunden zu müssen, was christlich und was unchristlich sei als ob aus dem Evangelium zwingend eine liberale Migrationspolitik folge*“ (*Johannes Röser*).
- ❖ Beim gemeinsamen Besuch in Jerusalem legten die beiden höchsten Vertreter der Kirchen, **Kardinal Marx und Bischof Bedford-Strohm im Herbst ihre Brustkreuze vor den muslimischen Gastgebern ab**. Warum wurde das Kreuz im Dienste der Toleranz versteckt? Wo liegt die Grenze zwischen Respekt und Selbstverleugnung?

Mehr Beachtung sollte den Äußerungen des Zentralrates Orientalischer Christen in Deutschland (ZOCD) zu aktuellen Bedrohungen gegen Christen durch sunnitische Muslime in deutschen Flüchtlingsheimen geschenkt werden.

Der Islam in Deutschland:

Die hier agierenden muslimischen Dachverbände sind weit entfernt von der Erschließung eines aufgeklärten, humanistischen Euroislams. Es fehlt eine Reformtheologie analog der historisch-kritischen Bibelauslegung im Christentum.

Zwangsverheiratung, religiös gerechtfertigte Familiengewalt, das Verbergen der Persönlichkeit unter der Vollverschleierung und der damit einhergehenden Kommunikationsverweigerung, die Unterdrückung von Frauenrechten, die Bestrafung des Glaubensabfalls, die Judenfeindlichkeit und die Beschneidung der Meinungs-4-freiheit für aufgeklärte, humanistische Islamgelehrte (*Mouhanad Khorchide, Hamed Abdel-Samad, Abdel-Hakim Our-ghi, Navid Kermani, Gudrun Krämer, Tilman Nagel, Hany Rashidy, Bassam Tibi, Susanne Schröter, Sabatina James, Ralph Ghadban, Kader Konuk, Ahmad Mansour u. a.*) sind bei vielen Muslimen noch eine Realität.

Den Islam zu hinterfragen oder gar zu kritisieren wird von vielen Muslimen als Beleidigung und Ehrverletzung angesehen. Sie weigern sich, den Koran im historischen Kontext zu lesen und zu verstehen und dennoch handeln sie widersprüchlich. In Sure 16/9 heißt es: *„und erschaffen hat Allah Pferde und Maultiere und Esel, dass ihr auf ihnen reiten möchtet und als Schmuck“*. Das Fortbewegungsmittel in der Neuzeit ist aber das Auto und nicht mehr der Esel. Bei wörtlicher Interpretation des Korans dürften orthodoxe Muslime nicht mit dem Auto fahren (Mouhanad Khorchide).

Für die meisten Muslime steht die Kultur ihrer Herkunftsländer über der ihrer neuen Heimat. Nach einer Studie des Bundesinnenministeriums im Jahre 2012 lehnte jeder vierte Muslim in Deutschland die Integration ab, 48 % zeigten starke Separationsneigungen und die Zurückweisung der deutschen Mehrheitskultur.

→ Der Soziologe Ruud Koopmanns stellte aufgrund mehrjähriger, umfangreicher Studien fest, dass 47 % der Muslime in Westeuropa fundamentalistische Glaubensauffassungen vertreten. Er schreibt, *„das Haupthindernis für die Integration von Moslems besteht in der Weigerung, sich zu assimilieren“*, d. h. die freiwillige Annahme der Sprache, der Gewohnheiten und Bräuche ihres Aufnahmelandes.

Eine aktuelle Befragung der Universität Münster vom Juni 2016 belegt: 47 % der befragten Deutsch-Türken sagen, dass die

❖ *„Befolgung der Religion wichtiger ist als die Gesetze des Landes, in dem ich wohne“*. 32 % aller Befragten waren sogar der Auffassung, dass sie ein religiöses Leben wie zu Zeiten Mohammeds im 7. Jahrhundert führen.

Es zeigt sich, dass die dritte Generation der Deutsch-Türken eine stark zunehmende Distanz zum deutschen Staat einnimmt. So stellt sich der Islam hier als eines der größten Hindernisse für eine gelungene Integration dar. Innereuropäische oder fernöstliche Immigranten z. B. aus China, Vietnam, Korea oder den Philippinen lassen hingegen keine nennenswerten Integrationsprobleme erkennen, soweit sie nicht der islamischen Religion angehören.

Türken und Araber bleiben meistens unter sich und das türkische und arabische Fernsehen verbreiten ein archaisches Rollenverständnis und vielfach nationalistische Parolen, in denen vor allem wenig gebildete junge Männer Zuflucht suchen. Nach einer

ADL-Umfrage zeigen 16 % der deutschen Bevölkerung insgesamt ein antisemitisches Weltbild. Unter den deutschen Muslimen sind es jedoch 56 %.

Muslimische Migranten mit doppelter Staatsbürgerschaft können Wahlen beeinflussen oder haben Abgeordnete türkischer Herkunft des Deutschen Bundestages zur Resolution des Völkermordes an den Armeniern 1915 unter Druck gesetzt und sogar bedroht. Die großzügige Duldung der Zugehörigkeit zu mehreren Staaten senden desaströse Signale über Deutschlands Willen zur Selbstbehauptung aus. Die Überhöhung der doppelten Staatsangehörigkeit als Ausdruck eines neuen multikulturellen Lebensgefühls hat nicht dazu beigetragen, die Integration zu fördern. Eher im Gegenteil, wenn man die Reaktion der deutsch-türkischen Bevölkerung und ihrer Verbände auf den Beschluss des Deutschen Bundestages analysiert. Tausende Deutschtürken, die aus der Türkei stammen, werden von Staatspräsident Erdogan wiederholt erfolgreich unter tatkräftiger Mitwirkung der Islamverbände (UETD; DMG, TGT; ADD; ADÜTF; IGMG; DITIB) als fünfte Kolonne für seine politischen Zwecke benutzt. *„Offenbar mit Erfolg, wenn sich ein nicht unerheblicher Teil dieser Bevölkerung mit der – türkischen Ehre – nach dem Verständnis Erdogans identifiziert“* (Kay Hailbronner). Der deutsch-türkische Politiker und Erdogananhänger Remzi Zafer Aru hat im Juni eine „Allianz Deutscher Demokraten“, kurz ADD, gegründet: *„Die Armenien-Resolution habe die Türken hier alle zu „Sündenböcken“ gemacht.“* Er will nicht die historische Verantwortung zur Kenntnis nehmen, dass im August 1910 der osmanische Innenminister Mehmed Talaat sagte, *„die Bekehrung der „Ungläubigen“ im Reich sei unmöglich, es bleibe nur die Vernichtung“*. Auf Initiative des Sultans Mehmed VI. wurden die Verursacher des Völkermordes an den Armeniern, Enver Pascha und Talaat Pascha 1919 in Istanbul wegen ihrer Verantwortung für den Armenier Genozid in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Beide flohen bereits am 4. Nov. 1918 außer Landes und erlagen später Attentaten (*Hans Fenske*). Diese historischen Fakten werden heute von der türkischen Regierung Erdogan gelehrt.

Der türkische Nationalismus wie er in den Moscheen gepredigt und in den Erzählungen der Familien tradiert wird, wirkt wie ein Gift, das Integration verhindert. Der Hass und die Angst, die heute die Türkei prägen, kommen so zu uns. Das türkische Konfliktpotential wird hier total unterschätzt. In der aktuellen Entwicklung in der Türkei wird das säkulare Erbe Atatürks verworfen und der religiöse Fundamentalismus ist durch den Präsidenten Erdogan auf dem Vormarsch in einen islamischen Staat. Die Türkei Erdogans unterstützt nach einem aktuellen Bericht des (BND) zufolge aktiv islamistische und terroristische Organisationen.

Beim beabsichtigten Islamvertrag zwischen der niedersächsischen Regierung und der DITIB mit ihren gerade einmal 13.800 Mitgliedern muss die Frage beantwortet werden, inwieweit sich der deutsche Staat mit der türkischen Religionsbehörde Diyanet, die vom Staatspräsidenten Erdogan politisch geführt wird, einlassen darf. Islamischer Religionsunterricht werde über die *DITIB* in Deutschland als Erdogans *„Ideologie im Unterricht“* verbreitet, warnt der Vorsitzende der Grünen, Cem Özdemir. So soll ein politisch geführter, fundamentalistischer Religionsverband über die Hintertür als

gleichberechtigte Religionsgemeinschaft neben Judentum und Christentum anerkannt werden?

Die *Ditib* versucht schon seit Jahren den Umgang der Türken mit den Armeniern in deutschen Schulbüchern zu bestimmen. (s. der Protest des Vorsitzenden der türkischen Gemeinde gegen das Johannes Lepsiusmuseum in Potsdam über die Lage des armenischen Volkes im Jahre 1916).

Erwähnenswert sind auch die zunehmenden heftigen Anfeindungen türkischer Fundamentalisten und Nationalisten gegen muslimische Journalisten und Professoren an deutschen Universitäten (Essen-Duisburg und Bochum am Institut für Genozidforschung. Warum wird der Islamwissenschaftler, *Mouhanad Khorchide*, Münster, der nach Bassam Tibi die Notwendigkeit einer Reform als neue Basis für eine moderne islamische Ethik begründet, von muslimisch-fundamentalistischen Verbänden und Islamfanatikern hier mit dem Leben bedroht? Warum müssen sie „für ihren Mut und ihre Kritik in Todesgefahr schweben“, wenn sie sich gegen eine „politisch-religiöse Ideologie des Islams wenden“ (Thomas Thiel, FAZ am 16. 8. und Tilman Nagel am 26.9.)?

Leise bauen die Türkei und Saudi-Arabien ihren Wirkungskreis in zahlreichen Organisationen in Deutschland aus, ohne dass die öffentliche Hand präzise Kenntnis darüber hat, wessen Geld unter welchen Voraussetzungen in Moscheen fließt und welche Dienstleistungen oder Lehrgänge auf diesem Weg ermöglicht werden. Es erfolgt das Abdriften des Islams in die Unsichtbarkeit und damit in die Abwesenheit der Öffentlichkeit. Dies ist nicht nur eine Folge fehlender Kontrolle, sondern das Resultat eines jahrelang andauernden allzu sorglosen Umgangs mit der Religion des Islams.

❖ „*Anstatt Integration der Muslime in Deutschland erlebten wir die Integration Deutschlands in den Islam*“ (Ralph Ghadban).

Die Kulturpolitik der islamischen Staaten entsendet sog. „*Importimame*“ (*Abdel-Hakim Ourghi*) in die deutschen Moscheegemeinden, um mit ihnen die religiösen und kulturellen Bindungen der Auswanderer an ihr Heimatland und damit auch ihren politischen Einfluss auf ihre Landsleute zu erhalten. Muslimische Kinder werden oft von unerfahrenen Imamen, die eine aufgeklärte westliche Gesellschaft nicht kennen, zum blinden Gehorsam und unreflektiertem Glauben erzogen und dabei an patriarchalische Strukturen gewöhnt und ihrem aufgeklärtem westlichen Umfeld entfremdet. Diese Art Unterricht ist kein Weg, der zu einer Integration in unsere Gesellschaft führen kann, er bewirkt das Gegenteil. Wer zu derart unselbständigem Denken in Glaubensfragen erzogen wird, kann später leicht zu Opfern von radikalen Einflüssen fundamentalistischer Fanatiker werden. Muslimische Zuwanderer weisen auffallend schlechtere Sprachkenntnisse gegenüber anderen Migranten auf, die mit dem patriarchalischen Geschlechterrollenverständnis begründet werden (Hans-Anand Pant).

Der Direktor des Forschungszentrums Ausländer- und Asylrecht der Universität Konstanz, Kay Hailbronner, schreibt am 15. Juni in der FAZ, es reiche nicht aus, dass Migranten nur die „*überwiegende Sicherung des Lebensunterhalts und bescheiden*

hinreichende deutsche Sprachkenntnisse“ nachweisen müssten. Er kritisiert die nach dem neuen Integrationsgesetz immer noch kaum hinreichenden Integrationsanforderungen. Der Freiburger Finanzwissenschaftler *Bernd Raffelhüschen* hat pro Flüchtling Kosten in Höhe von 450.000 Euro errechnet, nur soweit dieser auch schnell dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht.

Die in Deutschland einflussreichen Islamverbände, die sich im Zentralrat der Muslime zusammengeschlossen haben, vertreten nur eine bescheidene Quote von ca. 15 % aller Muslime ohne die Aleviten (Abdel-Hakim Ourghi), sie beanspruchen aber für die Mehrheit aller Muslime zu sprechen. Diese Verbände betreiben in ihrer Mehrheit immer noch den im 7. Jahrhundert praktizierten fundamentalistischen, traditionellen Islam nach der Buchreligion des Korans. Nichts erfahren wir bis heute von ihren Führern bezüglich innerreligiöser Abgrenzungen von Koransuren und Überlieferungen des Propheten Mohammed. „Islam bedeutet Frieden“ kann *Aiman Mazyek*, der Vorsitzende des Islamrates, ohne Widerspruch zu ernten, „*nur vor Ahnungslosen und Ignoranten erklären und es mit Einverständnis unserer willfährigen Politik*“... . (Tilman Nagel). „*Bis heute wollen uns Lamya Kaddor und Ayman Mazyek weismachen, das abartige Sexualverhalten bestimmter muslimischer Männer habe nichts mit dem Sittenkodex ihrer islamischen Religion zu tun, sondern mit ihrer traurigen Situation in unserem Land*“ (Monika Maron, Schriftstellerin).

Murad Kaymann ist der Koordinator des türkischen Moscheenverbandes der *Ditib* und *Bekir Alboga*, der *Ditib*-Beauftragte für den interreligiösen Dialog haben jetzt zugeben müssen, dass *Ditib*-Imame für den türkischen Geheimdienst spionieren. *Lange haben sie die deutsche Öffentlichkeit belogen und die deutsche Regierung lässt das wissentlich zu*“ (DLF am 12. 01. 2017 19.10 Uhr).

❖ Beide werden gerne von Spitzenpolitikern des Bundes und der Länder zum gemeinsamen Treffen eingeladen. Gleichzeitig diffamieren sie in ihren Blogs Islamwissenschaftler, die sich für eine aufgeklärte Auslegung des Korans und den christlich-muslimischen Dialog engagieren.

Die *Ditib* bedient sich einer Reihe von Artikeln des Grundgesetzes, besonders der Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, der Meinungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit und nicht zuletzt des Elternrechts, um sich Freiräume zu sichern, in denen der türkische Staatsislam aktueller Prägung immer fester etabliert werden soll. Außerdem versuchen sie über Gerichtsentscheidungen Einfluss zu ihren Gunsten auf die deutsche Mehrheits-gesellschaft zu nehmen.

- Das Münchener Forum für Islam sieht das Grundgesetz lediglich als ein „*Vertrag zwischen den Bürgern und dem Staat*“. Übersehen wurde dabei offensichtlich, dass die Art. 1 und 20 „*Ewigkeitswert*“ haben und damit unkündbar sind. Ein solcher konkurrierenden Text zum Koran und zur Hadith kann für orthodoxe Muslime niemals als gleichwertig anerkannt werden, weil es gegen das „*ewige Gesetz Allahs*“ verstößt.
- Das Kopftuchurteil des BVerfG unterstützt ungewollt die Ungleichheit der Frau, weil das Kopftuch keine Volkstracht, sondern ein Symbol für „*Geschlechter-Apartheid*“ ist. „*Sie gilt als zivilisatorische Abgrenzung, nicht dazugehören zu wollen.*“ (Bassam

Tibi). Die Vollverschleierung ist lediglich eine vorislamische Tradition und keine Vorschrift des Korans (Generalsekretär des Fatwa-Rates, Scheikh Khaled Omran, Universität Kairo in der ARD). Sie ist kein Gegenstand der Religionsfreiheit wie immer behauptet wird.

Die islamischen Verbände versuchen durch ihr Religionsverständnis den Europäern eine Lebensweise vorzuschreiben, die sie als archaisch und patriarchalisch empfinden. Muslime bleiben in Deutschland nicht nur häufig unter sich, sie fordern über ihre Verbände Rechte für sich ein, die Andersgläubigen in islamischen Staaten niemals zugestanden würden.

❖ Viele Migranten mit arabischen und türkischen Wurzeln glauben, sich in Deutschland außerhalb des Rechts zu bewegen, sie respektieren diesen Staat nicht nur, sie verachten ihn sogar. (Tania Kambouri).

Aber Integration setzt die Achtung des hier Vorgefundenen voraus. Die immer wieder von den Muslimverbänden geäußerte Behauptung, das Recht der freien Religionsausübung stehe im Grundgesetz über allem, ist unzutreffend. Die Religionsfreiheit findet dort ihre Grenze, wo sie den Grundrechten Dritter entgegensteht.

→ *„Der Zweck des Staates ist die Gewährleistung von Freiheit, dazu gehört auch der Schutz der Bürger vor Freiheitsbedrohungen durch Dritte“ (H.- J. Papier, Präsident des BVerfG a. D.).*

Deutschland ist ein säkularer Staat und deshalb darf die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten nicht durch eine unbegrenzte Ausübung der Religionsfreiheit beeinträchtigt werden. Aus dem GG wird eine Pflicht des Staates zur religiösen Neutralität abgeleitet. Diese Pflicht gilt nur für den Staat. Seine Vertreter müssen dessen religiöse Neutralität beachten.

→ *„Neutral kann die Demokratie nur sein, wenn sie trotz wohlwollender Kooperation inhaltlich sichtbar Distanz zu Glaubensgewissheiten und Weltanschauungen hält“ (Di Fabio).*

- Es reicht für zugewanderte Muslime nicht, nur mit den Zehenspitzen auf dem GG zu stehen.

Die schweigende Mehrheit der Muslime in Deutschland:

Sie legt den Koran und die Überlieferungen des Propheten nicht mehr wörtlich, sondern metaphorisch aus, womit es Muslimen dann erlaubt ist, mit Andersgläubigen zusammenzuleben. Diese aufgeklärte Gesinnung vieler Muslime als auch derjenigen, die religiös nicht öffentlich in Erscheinung treten, lassen aber hier aus Furcht vor Zwietracht unter den Muslimen den Eindruck entstehen, als ginge sie die Gewaltmaßnahmen von Muslimen im Namen des Islams nichts an. Von ihnen darf die deutsche Mehrheitsgesellschaft erwarten, dass sie sich für die hier geltende Rechtsstaatlichkeit einsetzen und sich zur pluralistischen Demokratie bekennen und sie gegen die Dschihadisten des Islams verteidigen und dafür sichtbar auf Demonstrationen einsetzen. Auch dürfen sie nicht zulassen, dass die innerstaatlichen Konflikte in ihren Heimatländern hier ausgetragen werden. Sie sollten die hier vielfach noch vorzufindenden muslimischen Gemeindestrukturen als Gehorsams- und Ge-

folgschaftsstrukturen aufbrechen und Kritikfähigkeit einführen. Religion kann für das gesellschaftliche Leben kein gemeinsamer Nenner sein, weil eine Gesellschaft heterogen ist mit Menschen unterschiedliche Identität und nur aufgeklärte Muslime wissen, dass ihre Religion zum privaten und individuellen Bereich gehört. Nur so kann die Religion des Islams zum friedlichen Zusammenleben der Menschen beitragen und die universelle Ethik des Korans auch hier ihre gebührende Anerkennung finden.

Aufgeklärte Muslime sollten die kulturellen Gepflogenheiten und Bräuche, ihre heimatliche Zusammengehörigkeit – wie sie die Mehrheitsgesellschaft hier prägt – nicht nur billigen, sondern sie im Laufe der Zeit auch als Teil ihrer eigenen Identität akzeptieren, nur dann kann Integration auf Dauer gelingen. Dann wird es möglich sein, dass sie auch einen nicht-muslimischen Partner heiraten dürfen, was zurzeit so gut wie ausgeschlossen ist. Aufgeklärte Muslime, die gegenüber unserem Staat loyal sind, benötigen keine weitere Staatsbürgerschaft, weil ein Festhalten an der Staatsangehörigkeit der alten Heimat eine Neuorientierung verhindert. Sie ist keine Voraussetzung für Integration, denn Integration geht von einer vorgegebenen Gesellschaft aus, in die integriert werden kann und soll. Die schweigende Mehrheit der Muslime müssten einen Rat der Muslime bilden, der dann Ansprechpartner für den Staat wäre.

- „Anerkennenswert sind der Liberal-Islamische Bund oder das Muslimische Forum Deutschland, die immer wieder an Muslime appellieren, sich mit den zu Gewalt aufrufenden Passagen des Korans historisch-kritisch auseinanderzusetzen“ (Canan Topçu).

Türkischstämmige Deutsche sehen sich vielfach wohl integriert, aber nicht anerkannt. Oft vergeht ein Menschenalter bis eine zugereiste deutsche Familie in der einheimischen, örtlichen Gesellschaft aufgeht. Die deutschen Ostvertriebenen am Ende des II. Weltkrieges sind nicht durch die einheimische Gesellschaft integriert worden, sondern sie haben sich selbst durch ihren Fleiß, ihre Lernbereitschaft und ihre Flexibilität in die westdeutsche Gesellschaft integriert und sind heute anerkannt. Wer sich an die Spielregeln der westlich verstandenen liberalen Demokratie hält, die Vielfalt anderer Kulturen respektiert, die deutsche Sprache gut spricht und schreibt, etwas leistet, ist hier willkommen, egal, ob sie oder er aus Asien, aus Afrika oder sonst woher kommen. Diese Muslime gehören dann zweifellos zu Deutschland, sie sind ein Gewinn für das ganze Land.

Zugewanderte Muslime aus Afrika und dem Nahen Osten:

Das Vertrauen der Deutschen in die Friedfertigkeit der zugewanderten Muslime hat durch die zahlreichen Anschläge und frauenfeindlichen Übergriffe gelitten. Das zeigt sich jetzt in allen Umfragen. Selbst das als Flüchtling im indischen Exil lebende Oberhaupt der Tibeter, der *Dalai-Lama*, warnt Deutschland in einem Interview in der FAZ am 31. 5. 2016 vor einer unkontrollierten Aufnahme von Flüchtlingen, die aus Deutschland ein arabisches Land machen könnten. Wörtlich ergänzte er:

→ „*Auch moralisch gesehen, finde ich, dass diese Flüchtlinge nur vorübergehend aufgenommen werden sollen. Das Ziel sollte sein, dass sie zurückkehren und beim Wiederaufbau ihrer Länder mithelfen*“.

Der Göttinger Islamgelehrte *Bassam Tibi* sagte im Interview vom 4. 7. 2016 in der „WELT“:

→ „Diese Stadt war früher sehr studentisch, 20 Prozent waren Ausländer, eine verträumte, idyllische Stadt. Heute sieht sie aus wie ein Flüchtlingslager. Da laufen die Gangs, ob afghanisch oder eritreisch, durch die Straßen, und man bekommt es mit der Angst. Das Göttinger Gemeinwesen ist erschüttert. Keine Sitzung oder Debatte des Bundestages! Alles der Alleingang einer Frau“.

→ „Wir brauchen hier endlich eine demokratische Debattenkultur“.

Der Bonner Oberbürgermeister *Jürgen Nimptsch* erklärte kürzlich, dass die ehemalige Hauptstadt zur deutschen Hauptstadt der Salafisten und Wahhabiten geworden sei und in einigen Jahren die Hälfte der Bonner Einwohner keine deutschen Wurzeln mehr habe. Ständige gewalttätige Demonstrationen halten Bonn in Atem.

❖ **Vollverschleierte Frauen sind im Stadtbild ständig anzutreffen.**

❖ **Islamische Hassprediger können unkontrolliert ihre Predigten zur Gewaltanwendung ausüben.**

❖ **Auf salafistischen Webseiten wird dafür geworben, dass man in Bonn den wahren, unverfälschten Salafismus und Wahhabismus lernen könne,**

→ während das angesehene katholische *Collegium Leoninum* als Religionsausbildungsstätte geschlossen wurde.

Die erwähnten Ausführungen haben bei vielen Europäern ein von Misstrauen und Furcht geprägtes Nachdenken ausgelöst. Die entscheidende Frage ist, ob die Vorstellungen eines islamischen Immigranten über eine erstrebenswerte Gesellschaftsordnung mit den westlich verstandenen demokratischen Grundsätzen der Vielfalt vereinbar sind? Wie viele Demokratiegegner verträgt dieses Land? Wie weit sollen Sonderrechte islamischer Traditionen hier erlaubt werden? Die Debatte darüber wird mit dem Argument der „*Political Correctness*“ unterdrückt und von der Mehrheitsgesellschaft die widerspruchslose Hinnahme der Missstände in sog. „*Parallelgesellschaften*“ verlangt (Hans-Ulrich Wehler in der Wochenzeitung „*Die Zeit*“ im Oktober 2010). *Bassam Tibi* schreibt:

→ „*Parallelgesellschaften sind der Beweis für gescheiterte Integration. Unterkunft und Deutschkurs reichen nicht, es geht um gesellschaftliche, kulturelle und politische Eingliederung.*“

Die Bevölkerung erwartet von den politischen Entscheidungsträgern bisher vergeblich eine klare an den Fakten orientierte Stellungnahme zum Islam mit seinem religiösen Absolutheitsanspruch, seinem Buchstabenglauben und seinem Missionswillen (Ahmad Monsour).

→ „*Salafistische Moscheen müssen verboten, die Gemeinden aufgelöst und die aus dem Ausland kommenden Hassprediger ausgewiesen werden*“ (Sigmar Gabriel).

Zu fragen ist, warum verantwortliche Politiker und Behörden nicht schon so handeln. In allen Moscheen muss die deutsche Sprache verpflichtend werden. Das Oberhaupt aller islamischen Gemeinschaften (Imame) und alle islamischen Religionslehrer dürfen nur an deutschen Hochschulen wissenschaftlich ausgebildet werden.

Diejenigen, die aus anderen Kulturkreisen zugewandert sind, können nicht für sich in Anspruch nehmen, dass die Aufnahmegesellschaft sich zu ändern habe, sondern die Ankömmlinge müssen die Rechts- und Werteordnung im Aufnahmeland uneingeschränkt akzeptieren, weil es keinerlei Spielraum für die Relativierung westlicher unveräußerlicher Menschen- und Grundrechte geben darf.

Was hat die europäische Kultur zu verteidigen?

➤ *„Sie ist die Synthese des griechischen, römischen und christlichen Geistes. Zu dieser Synthese hat der griechische Geist die Idee der Freiheit, der Wahrheit und der Schönheit beigetragen; der römische Geist die Idee des Staates und des Rechts und das Christentum den Glauben und die Liebe“* (Konstantin Karamanlis).

Ergänzend dürfen die Trennung von Staat und Kirche, die Menschenwürde und der Humanismus durch die Gedanken der Aufklärung hinzugefügt werden. Diese Werte sind unverhandelbar und dürfen nicht aufgegeben werden.

- Der religiöse Gelehrte **Moses Mendelssohn** setzte sich im 18. Jahrhundert bei seinen jüdischen Glaubensgenossen im Deutschen Reich nicht für den Talmud-, sondern für den Deutsch- und Philosophieunterricht ein. Die berufliche Anpassung der Juden und ihr Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit ermöglichte es ihnen, Juden zuhause und Deutsche auf der Straße zu sein. *„Diese Haltung vermisse ich bei vielen Muslimen, die jede noch so konstruktive Kritik als persönliche Beleidigung empfinden und jede Identität gegenüber ihrem Glauben als unterlegen betrachten“* (Hakim Abdel-Samad).

Eine entscheidende Frage ist:

Kann der Koran ein wesentliches, integrierendes Element der deutschen und europäischen Kultur sein?

Die Antwort ist in Sure 5/52 und Sure 98/7 zu lesen.

- ❖ *„Oh, die ihr glaubt! Nehmet nicht die Juden und die Christen zu Freunden. Und wer von euch sie zu Freunden nimmt, gehört fürwahr zu ihnen. Wahrlich, Allah weist nicht dem Volk der Ungerechten den Weg“*
- ❖ *„Wahrlich, jene, die ungläubig sind unter dem Volk der Schrift und den Götzen-dienern, werden im Feuer der Hölle sein, um darin zu bleiben. Sie sind die schlechtesten Geschöpfe“.*

Allzu oft wird Gewalt im Islam auch theologisch begründet.

- ❖ **Solange die macht-bewussten Geistlichen eines so verstandenen Islams den Koran wörtlich nehmen und diese Suren ihren Gläubigen hier in der Moschee vortragen und sog. religiös Abtrünnige mit dem Tode bedroht werden, kann der Islam nicht zur Kultur Deutschlands werden oder jemals gehören.**

Wie können unter diesen Voraussetzungen Menschen im friedlichen Austausch miteinander leben und voneinander lernen und sich gegenseitig bereichern?

Prof. Dr. Helmut Kurek, Oberursel, schreibt 2010 in der FAZ:

- *„Aus gutem Grund hat die abendländische Kultur den Absolutheitsanspruch der Religionen in Frage gestellt und ihre auf nicht prüfbare Annahmen und*

Glaubenssätze gründende weltliche Macht und ihre gesamtgesellschaftliche Verbindlichkeit gebrochen, ohne die Religionsfreiheit einzuschränken oder sie in theologischen Fragen anzugreifen. Die säkularen Gesellschaften haben dem machtvollen Eingriff der Religion in das individuelle Leben klare Schranken gesetzt und die Kritik an deren Absolutheitsanspruch ausdrücklich zugelassen, was die Freiheit von Meinung und Kunst, selbst die Satire einschließt. Der Islam als der nun hinzukommenden Religion wird diesen Tatbestand akzeptieren müssen, will diese Gesellschaft einen wesentlichen Teil ihres Selbstverständnisses nicht einer Religion mit totalitärem Impetus opfern“.

Was aber wird sein, wenn die dritte, nunmehr von höchster Stelle anerkannte Religion des Islams in Deutschland fordert, nun müssten auch ihre Werte geachtet werden, und zwar von allen? Darauf hat bisher die politische Elite der Republik keine brauchbare Antwort gegeben, die die bedrängt fühlende Mehrheit der Deutschen umtreibt.

Der Arabist *Tilman Nagel* schreibt am 26. 9. in der FAZ:

→ „Längst hat sich die politische Klasse damit abgefunden, dass sich in Deutschland eine der Verfassung gleichgültig bis ablehnend gegenüberstehende politisch-religiöse Ideologie des Islams ausbreitet“.

Die Sorgen und Befürchtungen, die Menschen aus dem so beschriebenen Islam für Ihre Zukunft ableiten, führen zu existenzieller Verunsicherung, zur Missbilligung und zum Widerstand gegen die politische Elite. Der britische Historiker *Paul Collier* beschreibt im Buch „*Exodus*“, wie eine Zuwanderung, die in ihrer Masse die einheimische Gesellschaft überfordert, das Vertrauen zuerst zwischen Einheimischen und Zuwanderern zerstört und in der Folge auch das Vertrauen innerhalb dieser Bevölkerungsgruppen, was in unserer auf Vertrauen und Kooperation begründeten Gesellschaft verheerende Folgen hat. Deutschland ist in seinem politischen und kulturellen Fundament gefährdet (Monika Maron). Zu viele Politiker, aber auch Bürger dieses Landes, vor allem aber auch intellektuell Gebildete scheuen davor zurück, sich mit dem Islam auseinander zu setzen.

Literatur:

Abdel-Samad, Hamed: Der Untergang der islamischen Welt, Knauer Verlag, 2015; Mein Abschied vom Himmel, Aus dem Leben eines Muslims in Deutschland, Knauer Verlag, 2010

Ahmad, Hazrat Mirza Tahir: Der Koran, Heyne-Verlag: vollständige Ausgabe, 19. Auflage, 2003

Ceylan, Rauf: Die Prediger des Islam, was sie sind und was sie wirklich wollen, Herder Verlag, 2010

Collier, Paul: Exodus, Warum wir Einwanderung neu regeln müssen, Siedler Verlag München, 2014

Cook, Michael: Der Koran (eine Einführung), 4. Auflage, Reclam Verlag Stuttgart, 2002

Der Spiegel Spezial: Ein Land verliert die Freiheit – Brennpunkt Türkei – 1/2016

Elias, Jamal J.: Islam, Herder Verlag Freiburg, 2000

Gabriel, Mark A.: Islam und Terrorismus, Resch Verlag, 2005

Grunebaum von: Fischer Weltgeschichte: Der Islam II, Fischer Verlag Frankfurt, 1999

Guillaume, Alfred: „*The Life of Muhammad*“, Oxford 2009.

Heisig, Kirsten: Das Ende der Geduld, Herdervlag, 2010

Henning, Max: Der Koran, Reclamverlag Stuttgart, 2015

Hosfeld, Rolf: Operation Nemesis – Der Völkermord an den Armeniern. 2005, Verlag K&W, Köln

Huntington, Samuel: Kampf der Kulturen, Goldmannverlag, München, 2002

Ibn Arabi, Muhyiddin: Die Weisheit der Propheten, Chaliceverlag Zürich, 2005

James, Sabatina: Scharia in Deutschland, Wenn die Gesetze des Islams das Recht brechen, Knauerverlag, München, 2015

Kelek, Necla: Chaos der Kulturen: Die Debatte um Islam und Integration. Verlag K & W, Köln, 2012

Khorchide, Mouhanad: Scharia der missverstandene Gott, Herdervlag, Freiburg, 2016

Krämer, Gudrun: Geschichte des Islams, dtv-Verlag, München, 3. Auflage, 2013

Küng, Hans: Der Islam – Geschichte, Gegenwart, Zukunft -, Piperverlag München 2004

Lepsius, Johannes: Die Lage des armenischen Volkes in der Türkei, Tempelverlag Potsdam, 1916

Monsour, Ahmad: Generation Allah, Fischer Verlag, Frankfurt, 2015

Müller, Wolfgang u. Naumann, Uwe: Mohammed, roroverlag, Hamburg, 2006

Nagel, Tilman: Angst vor Allah, Duncker & Humblotverlag, Berlin, 2014

Ourghi, Abdel-Hakim: Artikelserie über den Islam in „ZEITONLINE“ 2016;

Rödter, Andreas: 21,0 Eine kurze Geschichte der Gegenwart, Beckverlag, München, 2015

Rohe, Mathias: Der Islam in Deutschland, Eine Bestandsaufnahme, Beckverlag, München, 2016

Röser, Johannes: Sonderdruck „Islam, Terror, Orient“, Herdervlag, Christ in der Gegenwart, 2016

Schneiders, Thorsten G.: Islamfeindlichkeit -Wenn die Grenzen der Kritik..., Wiesbaden, 2010

Scholl-Latour, Peter: Allah ist mit den Standhaften, DVA, Stuttgart, 1983

Thamm, Berndt: Terrorbasis Deutschland, Die islamische Gefahr in unserer Mitte, München, 2004

Thoraval, Yves: Lexikon der islamischen Kultur, Hamburg, 1999

Tibi, Bassam: Die islamische Herausforderung. Religion und Politik im Europa des 21. Jahrhunderts. 3. Auflage, Primus, Darmstadt, 2008; Mit dem Kopftuch nach Europa? Die Türkei auf dem Weg in die Europäische Union, Primus, Darmstadt, 2005

Traub, Rainer: Der Islam, 1400 Jahre Glaube, Krieg und Kultur in „Der Spiegel“ Nr. 5, 2010

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5, Beckverlag, München, 2008